



ÖDP, Neckarstr. 27-29, 55118 Mainz

### **Netzwerk „Elterninitiative für Geburtskultur“**

Anja Lück (Geburt und mehr e.V., Mother Hood e.V.)  
Bianca Kasting (Mother Hood e.V., HappyBirthday e.V.)  
Lisa von Reiche (Hebammen für Deutschland e.V.)  
Mascha Grieschat (Initiative für gerechte Geburtshilfe)

Mainz, den 07.04.2017

### **Antwort ÖDP auf die Wahlprüfsteine des Netzwerkes der „Elterninitiativen für Geburtskultur“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen herzlichen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfstein, die wir hier sehr gerne beantwortet haben.

Für weitere Rückfragen stehen wir Ihnen zur Verfügung.

#### **1. Was bedeutet eine Geburtskultur im Sinne von Mutter und Kind für Sie und durch welche Maßnahmen wird dies zukünftig umgesetzt?**

2014 wurde eigens ein neuer Artikel mit in das ÖDP-Bundesparteiprogramm aufgenommen mit dem Titel „III 5 Natürliche und selbstbestimmte Geburt“ ([www.oedp.de/fileadmin/user\\_upload/bundesverband/partei/bundespartei/ag/III 5 Natürliche und selbstbestimmte Geburt.pdf](http://www.oedp.de/fileadmin/user_upload/bundesverband/partei/bundespartei/ag/III_5_Natürliche_und_selbstbestimmte_Geburt.pdf)) aus dem wir hier auch zitieren werden.

„Der Schutz des Lebens umfasst originär den Bereich Geburt und ist untrennbar auch mit dem Berufsstand der freien Hebamme verbunden. Gerade hier unterstreicht die ÖDP ihre Grundeinstellung von Achtung und Wertschätzung gegenüber allem Leben, insbesondere von Mutter und Kind. Dies zu gewährleisten ist die ureigenste Aufgabe der Hebamme. Sie bietet Frauen und Familien eine gute medizinische, soziale und achtsame Betreuung ab Beginn der Schwangerschaft bis zum Ende der Stillzeit an.

Durch kompetente und einfühlsame Beratung in allen Fragen hinsichtlich Schwangerschaft und Geburt weist die Hebamme die von ihr betreuten Familien in das Geburtsgeschehen ein und schafft somit die Grundlage für eine von der Frau selbstbestimmte Geburt. Die Bestärkung der Frau hinsichtlich ihrer Gebärfähigkeit und die einfühlsame Betreuung durch

**Ökologisch-  
Demokratische Partei**

**Bundes- und  
Kommunalpolitisches  
Büro**

Dr. Claudius Moseler  
ÖDP-Generalsekretär

Neckarstraße 27 - 29  
55118 Mainz  
Tel. 06131/679820  
Fax. 06131/679815

politik@oedp.de  
www.oedp.de

"Die Welt hat genug  
für jedermanns  
Bedürfnisse,  
aber nicht für  
jedermanns Gier."

Mahatma Gandhi



„ihre“ Hebammen sind die beste Voraussetzung für einen komplikationslosen, sicheren Geburtsablauf für Mutter und Kind.

Ein selbstbestimmt erlebtes Geburtsgeschehen, das so genannte „Gebären aus eigener Kraft“, wirkt sich umfassend positiv auf die Mutter-Eltern-Kind-Bindung und die Bildung der Familie als kleinste Einheit unserer Gesellschaft aus. „Es ist nicht egal, wie wir geboren werden“ (Michel Odent).“

Bildung und Bindung sind für die ÖDP zentrale Antworten auf die Frage, wie wir in Zukunft gesellschaftliches Zusammenleben positiv gestalten wollen. Dabei geht die Bindung der Bildung voraus.

(<https://www.oedp.de/oedp-vorstellung/die-oedp-stellt-sich-vor/bildung-und-bindung/>)

„Um dies allen Müttern und ihren Kindern zu ermöglichen, ist eine Betreuungsintensität von 1:1 (eine Hebamme betreut eine Frau) anzustreben (Cochrane-Analyse), wie derzeit nur in der außerklinischen Geburtshilfe geleistet wird. Gegenüber der normalen Geburt stellt der Kaiserschnitt in der Regel das größere gesundheitliche Risiko für Mutter und Kind dar. Die steigende Kaiserschnitttrate ist oft auf Wirtschaftlichkeitsberechnungen von konzerngeführten Kliniken gegründet.“

Maßnahmen:

2015 haben wir eine Resolution an die Bundesregierung verfasst: <https://www.oedp.de/partei/bundesparteitage/bundesparteitag-erlangen-2014/hebammen/>

Die ÖDP fordert hierfür einen grundlegenden, solidarischen Systemwechsel durch die Einrichtung eines staatlichen **Haftungsfond**, ggfs. ergänzt durch eine **Definition der Haftungsobergrenze**.

Der Erhalt und der Ausbau der Wertschätzung auch monetär des Hebammenberufes ist für uns die Basis für eine gute Betreuung in der Schwangerschaft bis zur Geburt.

Für eine sichere Geburtshilfe fordert die ÖDP insbesondere die „aufsuchende Hebammenhilfe“ mit dem gesamten Leistungsspektrum in Deutschland dauerhaft sicherzustellen.

Die ÖDP setzt sich für eine langfristige Lösung der Haftpflichtproblematik ein, um den Berufsstand der Hebamme dauerhaft zu sichern. Deren Leistungen sind ein gesellschaftlich relevanter Beitrag zur Frauen- und Familiengesundheit.

Wir fordern Rahmenbedingungen, welche die Möglichkeit der natürlichen und selbstbestimmten Geburt unterstützen:

- Zeit und Transparenz im Umgang mit den Frauen während der Geburt, so dass ihre Würde und ihr Recht auf Selbstbestimmung in jeglicher Weise respektiert werden kann.
- Umstrukturierung der Honorarordnungen dahingehend, dass Kaiserschnitte und andere invasive geburtshilfliche Maßnahmen gegenüber der natürlichen Geburtshilfe nicht unverhältnismäßig hoch vergütet werden.
- Kalkulation der Leistungen von Hebammen durch die Krankenkassen (GKV) nach Kosten und Verantwortungskompetenz und entsprechende Anhebung der Vergütungen.
- Sicherstellung der gesetzlich geregelten Wahlfreiheit (SGB V, § 24 f) des Geburtsortes (wohnnah) sowie die flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe.
- Solidarischer Systemwechsel und die wahlweise Einrichtung von alternativen Haftpflichtstrukturen:
  - Einrichtung eines staatlichen Haftungsfonds mit/ohne Definition einer Haftungsobergrenze ODER
  - Neuordnung der gesamten Berufshaftpflichtstrukturen im Gesundheitsbereich (DGUV).

## **2. Wie werden Sie eine 1:1-Betreuung durch eine Hebamme während der gesamten Geburt garantieren (nicht nur während der Austreibungsphase)?**

Die ÖDP fordert verbindliche Personalschlüssel (ebenso wie für die Pflege) und eine Veränderung des DRG-Fallpauschalensystems. Grundsätzlich müssten gesundheitserhaltende Maßnahmen besser honoriert werden. Derzeit werden falsche Anreize gesetzt. So müsste bspw. zu aller erst die natürliche Geburt besser vergütet werden.

## **3. Viele Frauen berichten von Gewalterfahrungen während der Schwangerschaft, unter der Geburt und/oder im Wochenbett. Unter anderem durch Personalmangel und die implementierten Strukturen in Krankenhäusern sind sie in ihren Persönlichkeitsrechten und ihrer Selbstbestimmung stark eingeschränkt. Ihre Menschenrechte werden**

**verletzt (Recht auf bestmöglichen Gesundheitsstandard, Recht auf körperliche Unversehrtheit und Recht auf eine würdevolle und wertschätzende Gesundheitsversorgung). Die WHO empfiehlt Maßnahmen zur „Vermeidung und Beseitigung von Geringschätzung und Misshandlung bei Geburten in geburtshilflichen Einrichtungen“. Mit welchen Maßnahmen werden Sie Frauen und ihre Kinder vor individueller, struktureller und systemischer Gewalt schützen und die Wahrung ihrer Menschenrechte fördern?**

Der erste Schritt ist anzuerkennen, dass der Mensch im aktuellen Gesundheitssystem so nur noch schwer als Mensch wahrgenommen werden kann. Als „Abrechnungsnummer“ im DRG-Fallpauschalensystem kann sich im stressigen Krankenhausalltag die empathische Verbindung zum Patienten (äquivalent hier auch zur Entbindenden und ihrem Neugeborenen eher verlieren. Gesundheit darf keine Ware sein (siehe Bundesprogramm II 5).

Die Ausbildung der Mediziner muss mehr auf die Beratung und die Begleitung traumatisierter Patienten ausgebaut werden. Wir empfehlen eine bessere Zusammenarbeit von Gynäkologen und Hebammenschülerinnen/-studentinnen schon während ihrer Ausbildung / ihres Studiums ggf. mit gemeinsamen Lerninhalten.

Wie in jeden anderen therapeutischen Beruf sollten hier in der Ausbildung und auch während der Berufsausführung Selbsterfahrung und Supervision stattfinden. Ziel ist, dass eigene Traumata und eigene unreflektierte Sichtweisen nicht auf den Patienten übertragen werden.

**4. Wie werden Sie eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung mit qualifizierter Schwangerenvorsorge, 1:1-Geburtshilfe – idealerweise durch eine Bezugshebamme – und aufsuchender Wochenbettbetreuung gewährleisten, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen zunehmenden bundesweiten Klinikschließungen und des Personal- und Hebammenmangels sowohl in den Kliniken als auch im freiberuflichen Sektor?**

Die dezentrale, wohnortnahe Krankenhausversorgung ist vorzugsweise in der Hand kommunaler Träger sicherzustellen. Durch Kooperation und Koordination von Einrichtungen untereinander und mit niedergelassenen Ärzten / Hebammen sind qualitative Verbesserungen und wirtschaftliche Effizienz gleichermaßen zu erzielen. Die Schließung zahlreicher patientennaher Krankenhäuser zugunsten von Großkliniken muss verhindert werden. (II 5)

Die Finanzierung der stationären Versorgung ausschließlich über Diagnosenverschlüsselung (DRGs) ist zu bürokratisch und nicht

menschengerecht.

Wir möchten uns aktiv auch mit dem GKV-SV für eine bessere Bezahlung der Hebammentätigkeiten einsetzen. Ein Hausbesuch mit pauschal ca. 31 Euro zu vergüten entspricht in keinsten Weise dem Arbeits- und Zeitaufwand der Hebammen.

Durch einen staatlichen Haftungsfonds sollen die Versicherungslasten anders verteilt werden, sodass auch freiberufliche Hebammen mit Geburtshilfeangebot weiter auch von ihrer Arbeit leben können.

Die ÖDP fordert eine Krankenkassenreform (siehe Bundesprogramm II 3). U.a. werden die Anzahl der gesetzlichen Krankenkassen stark reduziert. Das erspart erhebliche Verwaltungskosten. Die verwaltungsaufwändigen, immer wieder anzupassenden Ausgleichszahlungen zwischen den Kassen wegen unterschiedlicher Mitgliederstruktur (Alter, Einkommen, Gesundheitszustand) werden dann vermindert. Auch Werbeetat der Kassen werden geringer.

**6. Nach der Hebammenbetreuung im Wochenbett übernimmt der Kinderarzt die medizinische Betreuung des Kindes. Auch die kinderärztliche Versorgung verschlechtert sich zusehends. Das Versorgungsstärkungsgesetz strebt eine Verbesserung der Situation in ländlichen Regionen an, spitzt aber in Städten und Ballungsräumen die bereits extrem angespannte Versorgung weiter zu. Zusätzlich nimmt die Abdeckung mit Kinderkliniken weiter ab. Was stellen Sie dieser Entwicklung entgegen, um sowohl in Städten und Ballungsräumen als auch im spärlich besiedelten ländlichen Bereich jedem Kind wohnortnah kinderärztliche Versorgung zu garantieren?**

Hier müssen Bemessungen der Kassenärztlichen Vereinigung kritisch hinterfragt werden und neue Zulassungen ermöglicht werden.

Der freiberuflich tätige Arzt muss Vertrauensperson des Patienten bleiben. Dies gelingt nur, wenn die Behandlung der gesetzlich Versicherten angemessen bezahlt wird. Der Gebietsschutz für Ärzte ist aufrecht zu erhalten, damit Gesundheitskonzernen der Zugriff auf die ambulante Versorgung der gesetzlich Versicherten verwehrt bleibt. (II 3)

Auch hier gilt die ÖDP-Forderung nach einer Krankenkassenreform.

**7. Die Eltern haben trotz ihrer zentralen Rolle im Geschehen kein Mandat. Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um uns Interessensvertretern der Eltern dieses Mitspracherecht zu garantieren?**

Bei Anhörungen im Bundestag zum Thema Geburt und Schwangerschaft finden wir es – wie auch in vielen anderen Fällen, wo dies nicht stattfindet – für dringend erforderlich, die tatsächlich Betroffenen (also in diesem Fall Mütter und Hebammen) anzuhören. Zudem sollen auch Patienten und direkt an den Betroffenen (in diesem Fall werdenden Müttern) Arbeitende besser im G-BA vertreten sein. Der GKV-SV muss Sie auch als Patientenvertreter mit in seine Gespräche aufnehmen. Dafür werden wir uns im Fall unserer Wahl in den Bundestag gerne einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Franziska Kliemt,

ÖDP-Bundessprecherin für Schwangerschaft und Geburt